Anzeigengebühren: 100 Pfg. für die 6mal gespalt. Millimeterzeile. Auswärts 120 Pfg., für die Empfehlungszeile 400 Pfg. Erfüllungsort Castrop. Der etwa gewährte Rabatt erlischt bei Konkursen, Zwangsvergleichen und gerichtlichen Klagen.
Größere Anzeigen werden bis mittags, kleinere bis 4 Uhr nachmittags vor Ausgabe der Zeitung erbeten.
Postscheckkonto: 40150 Köln. — Fernsprech-Anschluß Nr. 6.
Verantwortlich für den Schriftteil: Franz Joseph Pruys, Castrop.

Die Castroper Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage und kostet durch Boten frei ins Haus gebracht 20,00 Mark (im voraus zahlbar) für den Monat. Postbezug 20,00 Mk. für das Vierteljahr, ohne Postbestellgeld. Falls wir in der Herausgabe und Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Geschäftsstelle u. Schriftleitung: Castrop, Münsterstraße 24. Sprechstunden der Schriftleitung: werktags 6—7 Uhr nachmittags.

Castroper Anzeiger

Castroper Zeitung

48. Jahrgang

Rauxeler Neueste Nachrichten

Rotationsdruck und Verlag: Castroper Zeitung (Geschw. Schmitz), Castrop

Bladenhorster Tageblatt

Amtl. Veröffentlichungsblatt für den Landgerichtsbezirk Dortmund, für die Stadt Castrop und die Ämter Rauxel und Bladenhorst
Alle amtlichen Bekanntmachungen der Stadt Castrop, der Ämter Rauxel und Bladenhorst erlangen nach Veröffentlichung in obigen Blättern rechtsverbindliche Kraft.

Nr. 173 — Freitag, den 28. Juli — 1922

In aller Kürze.

Neuigkeiten von Nah und Fern.

Wie wir hören, hat das Reichskabinett noch nicht über einen etwaigen Beitritt Deutschlands zum Völkerbund verhandelt.

*

Die Hauptverhandlung gegen alle am Rathenaumord beteiligten Personen wird vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig stattfinden. Ein Termin ist noch nicht festgesetzt worden.

*

Verhaftet wurde in Leipzig, wie die L. N. N. berichten, der in Wolfen bei Bitterfeld wohnhafte Maler Fredy von Amellen unter dem Verdacht der Mittäterschaft am Rathenaumorde.

*

Die Hamburger Bürgerschaft nahm am Mittwoch in erster und zweiter Lesung das Gesetz über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik gegen die Stimmen der Deutschnationalen an.

*

Der hessische Landtag lehnte in namentlicher Abstimmung sämtliche Mißtrauensanträge der Rechten ab und sprach dem Arbeitsminister Rath mit 40 gegen 22 Stimmen das Vertrauen aus.

*

Zur Gründung einer italienisch-deutschen Handelskammer mit dem Sitz in München hat sich ein vorbereitender Ausschuß gebildet.

*

Das holländische Ministerium des Aeußern gibt bekannt, daß in Kürze Besprechungen mit Deutschland zur Feststellung des Schadenersatzbetrages für das versenkte niederländische Dampfschiff Tubantia beginnen.

*

Die französischen Industrieverbände haben gegen das Sachlieferungsverfahren protestiert.

*

Die Chicago Tribune behauptet, Pierpont Morgan habe auf eine inoffizielle Anfrage der französischen Regierung aus England mitgeteilt, er sei bereit, einer Sitzung des Bankierausschusses in Paris zu Septemberanfang beizuwohnen.

*

Nach „Chicago Tribune" soll die Reparationskommission die Beantwortung des deutschen Moratoriumgesuchs bis nach Schluß der Londoner Konferenz aufgeschoben haben.

*

Der Finanzausschuß der französischen Kammer vertagte sich bis zum 14. 9. Dann nimmt er die Beratung des Sonderbudgets auf und der Ausgaben, deren Rückzahlung Deutschland „zufällt".

*

Bei der Ersatzwahl in Pontypridd (England) wurde der Kandidat der Arbeiterpartei Joms mit 16 630 Stimmen gegen den Koalitionsliberalen gewählt, der 12 550 Stimmen erhielt.

*

Der Handelsminister in der vorläufigen Regierung des irischen Freistaates, Gavan Duffy, ist zurückgetreten, weil er in vielen wichtigen Punkten die Politik der Regierung nicht billige.

*

Die englische Regierung veröffentlicht ein Weißbuch über die Haager Konferenz.

*

In der Sitzung des Sejm wurde das von der Rechten beantragte Mißtrauensvotum gegen den Staatschef Pilsudski mit 205 gegen 187 Stimmen abgelehnt.

*

Die griechische Nationalversammlung hat ihre Beratungen bis zum 28. Oktober vertagt.

*

Der Nationalrat von Zypern nahm einstimmig eine Entschließung an, in der erklärt wird, es sei der einhellige Wille des Volkes, sich mit dem Mutterlande Griechenland zu vereinigen.

*

Die ungarische Regierung hat die außerordentlichen Machtbefugnisse, die ihr angesichts der außerordentlichen Verhältnisse während des Krieges bis ein Jahr nach Friedensschluß übertragen worden sind, für erloschen erklärt.

*

Bonomi ist es nicht gelungen, ein Kabinett zu bilden. Der italienische König empfing den früheren Schatzminister de Nava.

*

„Times" zufolge ist die Lage in der amerikanischen Stahl- und Eisenindustrie unhaltbar.

*

Für die durch den Weggang des Intendanten Dr. Maurach frei gewordene Intendantenstelle am Stadttheater in Dortmund haben sich 51 Bewerber gemeldet.

Dollarkurs am 27. 7.: 522—525
Letzter Kurs: 514,00 Höchster Kurs: 535,00

Entspannung zwischen Bayern und Reich?

Einberufung des Reichstages?

Berlin, 27. Juli. Die endgültige Entscheidung der Reichsregierung über die Forderungen, die an Bayern gestellt werden sollen, wird in dem heute Donnerstag vormittag 11 Uhr unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten zusammentretenden Kabinettsrat gefällt werden. Reichstagspräsidenten Löbe, der zeitweilig von Berlin abwesend war, ist wegen der gespannten innerpolitischen Verhältnisse nach Berlin zurückgekehrt, um mit der Reichsregierung über die evtl. Einberufung des Reichstages Besprechungen zu führen. Der Reichstag muß einberufen werden, falls ein Antrag auf Rückgängigmachung der bayerischen Verordnung durch das Plenum von einer Partei eingebracht wird. Es heißt, daß die Unabhängigen einen derartigen Antrag stellen wollen. Ihre endgültige Stellungnahme wollen sie von den Richtlinien der Reichsregierung abhängig machen. Da inzwischen ein deutschnationaler Antrag auf sofortige Einberufung des Reichstages in Zusammenhang mit der Annahme des Moratoriums des Garantiekomitees dem Reichstagspräsidenten zugestellt wurde, wird wahrscheinlich der Aeltestenausschuß zur Beschlußfassung für Freitag einberufen werden. Es wird dann auch die Frage entschieden werden, ob wegen der bayerischen Vorgänge der Reichstag einberufen werden muß.

Berlin, 27. Juli. Aus dem Reichstag hört das „Berl. Tageblatt", daß die Unabhängigen auf den Zusammentritt des Reichstages drängen, da sie die durch Bayern geschaffene Situation für unerträglich halten. Die Mehrheitssozialisten stimmten ihnen darin zu. Demokratische Parlamentarier äußerten sich ebenfalls in dem Sinne, daß ein Appell an das Reichsgericht nicht allein ausreiche, weil eine Klärung der Lage in kürzerer Zeit erwünscht sei, als das Reichsgericht für seine Entscheidungen brauche. Bei den Parteien der Rechten, namentlich bei den Deutschnationalen, werden Hoffnungen geäußert, daß die Einberufung des Reichstages nicht erfolgen möge. Insbesondere der Vizepräsident des Reichstages, Dr. Dietrich, gab der Meinung Ausdruck, daß die Lösung durch einen Schritt der Regierung beim Reichsgericht am vorteilhaftesten sei, eben weil sie Monate Zeit für die Beruhigung der erregten Gemüter lasse.

Sozialistischer Antrag auf Reichstagseinberufung.

Berlin, 27. Juli. In der Sitzung des Ueberwachungsausschusses des Reichstages brachte Dittmann (U.) die bayerische Frage zur Sprache und schlug vor, daß der Ausschuß sich an den Reichstagspräsidenten Löbe wegen Einberufung des Reichstages wenden solle. Auch Abg. Müller-Franken (S.) war der Ansicht, daß die bayerische Frage eine Angelegenheit sei, die nur das Plenum des Reichstages erledigen könne.

Optimistische Auffassung in München.

München, 27. Juli. In hiesigen Regierungskreisen ist man hinsichtlich der weiteren Entwicklung des Konfliktes ziemlich optimistisch, weil man glaubt, daß noch ein Ausgleich gefunden wird in der Weise, daß das Reichsgericht angerufen wird. Ein Spruch des Reichsgerichts würde die Möglichkeit offen lassen zu Verhandlungen zwischen München und Berlin. Die Neubildung der bayerischen Regierung ruht gegenwärtig vollständig und man beabsichtigt anscheinend zunächst auch nicht, die ganze Frage aufzurühren. Die Bayerische Volkspartei verfügt über eine sichere parlamentarische Mehrheit und dazu die wohlwollende Unterstützung der beiden Flügelparteien. Unter diesen Umständen glaubt man wenigstens, die Regierungserweiterung bis in die Herbsttage hinein verschieben zu können. Der Ausgang der Krise wird auch diese Angelegenheit entscheidend beeinflussen.

Wünsche der Pfalz.

Ludwigshafen, 27. Juli. Die Bürgermeister der größten pfälzischen Gemeinden haben in langen Beratungen die derzeitige Lage im Reich und in Bayern besprochen. Einstimmig wurde der dringende Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß der Konflikt zwischen Bayern und dem Reich möglichst rasch auf verfassungsmäßigem Wege beigelegt wird. Sie haben die Herren Dr. Weiß, Ludwigshafen, und Dr. Strebel, Pirmasens, beauftragt, diesen Standpunkt dem bayrischen Gesamtministerium zum Ausdruck zu bringen und insbesondere die Belange der Pfalz hierbei in energischer Weise zu vertreten.

Ludwigshafen, 27. Juli. Ueber die Haltung der pfälzischen Sozialdemokraten in dem Konflikt zwischen Bayern und dem Reich gibt ein Artikel der Pfälzischen Post Aufschluß, in dem die Frage untersucht wird, was das Reich tun solle, um seiner Autorität Geltung zu verschaffen, und was die Pfalz tun solle. Es wird zunächst darauf hingewiesen, daß die Sozialdemokratie wiederholt darauf aufmerksam gemacht habe, welche Gefahr der Pfalz durch die Politik der bayrischen Regierung drohe. Sie haben sich bemüht, die andern Parteien auf ihre Seite zu bringen, um die bayrische Regierung im Interesse der Pfalz zu einer andern Politik zu bringen. Man habe jedoch die Sozialdemokratie nicht verstehen wollen und ihre Vorschläge zur Rettung der Pfalz zu einem Unternehmen gestempelt, das die französische imperialistische Politik begünstige. Dabei sei es aber nicht die Sozialdemokratie, sondern die bayrische Regierung Lerchenfelds, die eine dem französischen Imperialismus sehr angenehme Politik treibe, eine Politik, die jetzt im Begriff stehe, ihr Werk zu krönen. Es wird dann ausdrücklich betont, daß die Sozialdemokratie entschlossen ist, die Folgen dieser Politik mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln abzuwehren. Dazu sei ihr jeder Bundesgenosse recht, der es mit der jungen deutschen Republik ehrlich meine. Die Pfälzische Post kommt dann zu dem Schluß, daß in diesem Kampfe weder auf die Deutsche Volkspartei noch auf die Bayrische Volkspartei, sondern einzig und allein auf die sozialistisch und demokratisch orientierte Arbeiterschaft Verlaß sei. Zu diesem Kampfe müsse sich, wenn er unvermeidlich sein sollte, die pfälzische Arbeiterschaft bereit halten, wenn der Ruf an sie ergehe.

Neue Vertagung der bayerischen Frage.

Keine Reichstagseinberufung.

Berlin, 27. Juli. Es ist ganz offensichtlich, daß die erregte Spannung in der bayerischen Frage, die nach der ersten Aufregung in den letzten Tagen zu bemerken war, allmählich nachläßt. Nachdem gestern die Reichsregierung eine amtliche Verlautbarung herausgab, in der sie ihren Rechtsstandpunkt wahrte und sich darauf beschränkte, die Unhaltbarkeit des bayrischen Standpunktes darzulegen, ist der für heute morgen 11 Uhr angesetzte Kabinettsrat unter Vorsitz Eberts bis auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Dieser Kabinettsrat sollte ja bekanntlich die endgültigen Beschlüsse des Reichskabinetts gegenüber Bayern festlegen. Es scheint aber so, als ob man es vorzöge, die Entscheidung noch möglichst hinzuzögern. Es ist verständlich, daß das Reichskabinett die Möglichkeit gewaltsamer Auseinandersetzung zu vermeiden sucht und lieber auf Auswege ausgeht, die eine friedliche Lösung des Konflikts möglich erscheinen lassen. Dabei kommt besonders in Betracht die Anrufung des Staatsgerichtshofes nach Artikel 9 der Verfassung (dieser Staatsgerichtshof ist nicht zu verwechseln mit dem durch die Ausnahmegesetze geschaffenen), ferner eine Erklärung durch den Reichspräsidenten, daß die bayerische Verordnung rechtsungültig und aufzuheben sei. Daneben kam noch in Frage, daß sich der Reichstag für die Aufhebung dieser Verordnung erklären müsse. In dieser Richtung liegt auch der Antrag der Unabhängigen, den Reichstag zusammenzurufen, um über die bayerische Frage zu beraten. Eine greifbare Unterstützung hat freilich der Abg. Dittmann bisher in dieser Absicht nicht gefunden. Es ist nicht abzusehen, inwiefern Reichstagsverhandlungen im gegenwärtigen Augenblick geeignet wären, die allmählich verflackernde Flamme des Konflikts ganz auszublasen. Im Gegenteil würden die gereizten Auseinandersetzungen im Parlament den Brand nur von neuem entfachen und vergrößern. Außerdem liegt ja bekanntlich noch ein Antrag der Deutschnationalen auf Einberufung des Reichstages vor allerdings zu dem Zweck, die Haltung der Regierung in der Reparationsfrage einer öffentlichen Kritik zu unterziehen. Man wird gut daran tun, die Anwesenheit des Reichstagspräsidenten Loebe in Berlin nicht ohne weiteres dahin auszudeuten, daß nun bestimmt der Reichstag einberufen würde. Vielmehr deutet er darauf hin, daß eine Konfliktlösung in anderer Richtung sich finden lassen wird. Es wird schon angedeutet, daß diese Lösung etwa in einer gewissen Abänderung des Schutzgesetzes bestehen soll, die den bayerischen Sonderverhältnissen Rechnung zu tragen versucht.

Der Reichspräsident als Vermittler

Berlin, 27. Juli. Der Reichspräsident wird an den Grafen Lerchenfeld das Ersuchen richten, die bayerische Landesregierung möge ihre eigene Verordnung zum Schutze der Republik wieder zurückziehen.

Der Aeltestenausschuß tritt nächste Woche zusammen.

Berlin, 27. Juli. Wie das „Berl. Tagebl." erfährt, wird der Aeltestenausschuß des Reichstags erst in der nächsten Woche einberufen. Präsident Loebe hat sich zu einer Hinausschiebung des Einberufungstermins entschlossen, auf Grund einer Unterredung mit dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler, um die von der Reichsregierung eingeleitete Aktion nicht zu stören. Den deutschnationalen Abgeordneten, der einen Antrag auf sofortige Einberufung des Reichstages gestellt hatte, damit dem Reichstag Gelegenheit zur einer Stellungnahme zu dem Memorandum des Garantiekomitees gegeben würde, hat Präsident Loebe davon in Kenntnis gesetzt, daß auch dieser Antrag in der in der nächsten Woche stattfindenden Sitzung des Aeltestenausschusses behandelt werden wird.

Nur keine Ueberstürzung.

Berlin, 27. Juli. Ueber die Gründe, weshalb der für heute vormittag angesetzte Ministerrat unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten verschoben worden ist, ist bisher noch nichts bekannt geworden. Man nimmt an, daß der Ministerrat im Laufe des heutigen oder morgigen Tages zusammentreten wird. Man ist aber in Regierungskreisen nach wie vor der Auffassung, daß eine Uebereilung der Angelegenheit auf keinen Fall am Platze ist.

Vor der Auflösung des bayrischen Landtages?

München, 27. Juli. In hiesigen Abgeordnetenkreisen wird verschiedentlich immer noch die Ansicht ausgesprochen, daß es schließlich doch zu einer Auflösung des bayrischen Landtages kommen wird. Man deutet dabei die Worte in der Erklärung der mehrheitssozialistischen Fraktion, daß sie in diesem Landtag die Schutzgesetzfrage nicht weiter erörtern wolle dahin, daß die Sozialisten doch für die Auflösung des Landtages eintreten würden.

Die Ausführung der bayrischen Verordnung vom 24. Juli.

München, 27. Juli. Zur Ausführung der bayrischen Regierungsverordnung vom 24. Juli hat das Ministerium des Innern bestimmt, daß das Verbot von verschiedenen Kundgebungen, sowie Verbot und Auflösung von Vereinen und Vereinigungen und das Verbot von Zeitungen und Zeitschriften den Kreisregierungskammern übertragen wird.

Stimmungsmache.

München, 27. Juli. Zu der Berliner Meldung über angebliche Vorbereitungen des Aktionsausschusses der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Parteien zu einem etwaigen Generalstreik und der Abschnürung Bayerns von den Rohstoff- und Kraftquellen des übrigen Reiches erklärt die Münchener Post, daß hierzu nicht der mindeste Anlaß gegeben sei. Selbstverständlich habe die Leitung der Sozialdemokratie so gut wie die jeder andern Partei das Recht, in Anbetracht der außerordentlichen Lage in Beratungen über sie einzutreten. Was man aber in dieser Meldung als Ergebnis schon im voraus verkünden zu dürfen glaube, sei lediglich Stimmungsmache und ein gefährliches Spiel mit dem Feuer.

Die Reichseinheit als Verkaufsobjekt.

Letzte französische Hintergedanken.

Paris, 27. Juli. Offenbar unter dem Eindruck der Spannung mit Bayern schreibt Senator Orangier im Matin: Wohin führt uns Lloyd George? Zum Moratorium, aber das ist nicht sein Hintergedanke. Der Zweck, den er verfolgt, ist, eine wesentliche Herabsetzung der Schuld zu erlangen. Erklären wir uns bereit, diese Fragen zu erörtern, aber unter der Bedingung, daß das Reich in die Staaten aufgelöst wird, aus denen es besteht, und zwar gleichzeitig mit der Herabsetzung der deutschen Schuld, und daß die Lasten der deutschen Anleihe auf die verschiedenen Staaten verteilt würden, die unabhängige Staaten würden. Das wäre solides Terrain, auf dem wir nicht geschlagen werden könnten, damit könnte man auch die Legende von Frankreichs Militarismus beenden, dem könnten wir zustimmen, denn das bedeutete den „Frieden", und der Friede ist wohl einige Milliarden wert.

Folgerungen und Befürchtungen der Tschechen.

Prag, 27. Juli. Während der Cas, der bekanntlich dem Auswärtigen Amt nahesteht, das Vorgehen Bayerns eine Empörung gegen das Reich nennt, bei der man nicht sagen könne, was der nächste Augenblick bringe, aber die ganze Krise als eine innerdeutsche Angelegenheit behandelt, ohne außenpolitische Folgerungen zu ziehen, sagt die Tribuna: Tschechien dürfe und könne nicht gleichgültig sein, was da vor seiner Südwestgrenze geschehe. Eine Losreißung Bayerns vom Reich bedeute die Wiederkehr der Monarchie, wobei es gleichgültig sei, ob es sich um das Haus Habsburg oder Wittelsbach handle. Beiden folgten die Reaktion und der Absolutismus. Mit Unterstützung der konservativen Kreise Frankreichs und Englands drohe ein um ein starrsinnig reaktionäres Bayern verstärktes und um so gefährlicheres Oesterreich zu erstehen. Die bayrische Offensive sei nicht nur ein Angriff auf Deutschland, sondern auch auf Mitteleuropa, von dem Tschechien sich nicht überraschen lassen dürfe.

Aus dem Reiche.

Besoldungserhöhungen im Reich.

Berlin, 27. Juli. Der Ueberwachungsausschuß des Reichstages behandelte die neuen Besoldungserhöhungen. Nachdem ein Vertreter des Reichsfinanzministers über das Ergebnis der Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen, mit denen sich auch der Ausschuß des Reichsrates einverstanden erklärt hatte, berichtet hatte, stimmte der Ausschuß der Vorlage zu. Ferner stimmte er einer Erhöhung der Bezüge des Reichspräsidenten auf 1,4 Millionen Mark im Juni, 1,6 Millionen im Juli und 1,8 Millionen im August zu. Weiter wurde ein Antrag der Kreditbeihilfe des Reiches an die Wirtschaftsbeihilfe der deutschen Studentenschaft zugestimmt. Staatssekretär Schulz vom Reichsministerium des Innern begründete diese Beihilfe, die ein unverzinsliches Darlehen von 15 Millionen Mk. als Betriebskapital zur Errichtung und zum Ausbau der Studentenspeisungseinrichtungen, sowie einen weiteren Beitrag von 30 Mill. Mk. zur Darlehnskasse der deutschen Studentenschaft vorsieht.

Wulle gründet eine neue Partei.

Berlin, 27. Juli. Wie eine Berliner Korrespondenz aus parlamentarischen Kreisen hört, beabsichtigt Abgeordneter Wulle mit den gleichzeitig aus der deutschnationalen Partei ausgetretenen Abgeordneten eine neue Partei, und zwar die Freiheitlich völkische Partei, ins Leben zu rufen. Von deutschnationaler Seite wird der Korrespondenz mitgeteilt, daß die Anhängerschaft der neuen Partei nur sehr gering sein kann, sodaß eine Gefahr einer Spaltung der Deutschnationalen Volkspartei ausgeschlossen erscheint.

Eine Erklärung des Abgeordneten Wulle.

Berlin, 27. Juli. Reichstagsabgeordneter Wulle schreibt der T. U.: Eine mißverständlich klingende Aeußerung im gestrigen Leitartikel des „Deutschen Tageblattes" ist so aufgefaßt worden, als sei ich aus der Partei ausgeschlossen. Das ist nicht der Fall. Ich habe mit Herrn v. Graefe zunächst nur die Mitarbeit in der Fraktion niedergelegt. Die Mitteilung, daß ich beabsichtige, eine völkische Freiheitspartei zu gründen, ist falsch. Alle darüber verbreiteten Nachrichten sind, was meine Person anbelangt, von A bis Z erlogen.

gez.: Wulle, M. d. R.

Fehlernte in einzelnen Teilen des Westens und Herabsetzung der Getreideumlage.

Berlin, 27. Juli. Die große Trockenheit, die in den Monaten Mai, Juni und in der ersten Hälfte des Monats Juli herrschte, hat dazu geführt, daß weite Gebiete des Westens, namentlich dort, wo die flachgründigen und leichten Böden vorherschen, eine vollkommene Fehlernte zu verzeichnen haben. Daran vermochten auch die überreichen Niederschläge in der zweiten Hälfte des Monats Juli nichts mehr zu ändern. In großen Teilen der Rheinprovinz hat die Dürre einen schweren Notstand herbeigeführt, so daß sich die Reichs- und preußische Staatsregierung veranlaßt sahen, zur Linderung dieses Notstandes sehr erhebliche Mittel bereitzustellen. Auch die bayerische Pfalz ist von dem Notstand, wenn auch nicht in demselben Maße, betroffen worden. Diese Verhältnisse mußten auch bei der Verteilung der Getreideumlage berücksichtigt werden. In dem neuen Reichsgesetz über die Regelung des Verkehrs mit Getreide ist in § 2 der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft ausdrücklich ermächtigt, in Gegenden mit Mißernte die Umlagemenge herabzusetzen. Am 24. Juli d. J. haben, wie der Amtliche preußische Pressedienst von zuständiger Stelle erfährt, im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft Besprechungen stattgefunden, an denen die zuständigen Stellen Preußens, Bayerns und Hessens sowie der Staatssekretär für die besetzten rheinischen Gebiete teilnahmen. Infolge dieser Besprechungen hat eine wesentliche Ermäßigung des für die preußische Rheinprovinz, die bayerische Pfalz und Rheinhessen ursprünglich festgesetzten Umlagesolls stattgefunden.

Ueberbezahlte Notopferbeträge und Zwangsanleihe.

Berlin, 27. Juli. Nach Paragraph 36 des Vermögensteuergesetzes ist das Reichsnotopfer nur in Höhe von 10 v. H. des abgabepflichtigen Vermögens, mindestens aber in Höhe von 33⅓ v. H. des gesamten Notopfers, und bei Vermögen über 1 027 000 Mk. mindestens in Höhe von 40 v. H. des gesamten Notopfers zu enrichten. Die hierüber hinaus bereits entrichteten Notopferbeträge sind auf Antrag entweder nach Paragraph 39 des Vermögensteuergesetzes zurückzuerstatten, oder nach Paragraph 11 des Gesetzes über die Zwangsanleihe anzurechnen. Wer von dem letztern Recht Gebrauch machen will, hat den Antrag gleichzeitig mit der Abgabe der Vermögensteuererklärung, die im Januar 1923 stattfinden soll, zu stellen. Als Zeichnungskurs wird, da sich die überbezahlten Beträge jetzt schon im Besitz des Fiskus befinden, der Juli-Zeichnungskurs, also 94 v. H., angerechnet. Wer also z. B. durch Hingabe selbstgezeichneter Kriegsanleihe oder in bar sein Notopfer in Höhe von 200 000 Mark entrichtet hatte, hierauf aber 80 000 Mark zurückerhalten und an Zwangsanleihe 90 000 Mark zu zeichnen hat, erhält bei einem entsprechenden Antrag 80 000 Mark unter Zugrundelegung eines Zeichnungskurses von 94 v. H., also 85 100 Mk. angerechnet, so daß er nur noch 4900 Mark Zwangsanleihe zu zeichnen hat. Hiernach ist es zwecklos, schon jetzt solche Anträge auf Anrechnung bei den Finanzämtern zu stellen. Insoweit jemand Anrechnung überbezahlter Reichsnotopferbeträge auf Zwangsanleihe beantragen will, hat er zurzeit nichts zu tun. Es genügt, wenn der Antrag bei Abgabe der Vermögensteuererklärung gestellt wird der günstige Juli-Zeichnungskurs von 94 v. H. ist dann auf jeden Fall gesichert.

Zur Lohnerhöhung im Bergbau.

Annahme des Schiedsspruchs durch die Arbeitgeber.

Berlin, 27. Juli. Zu den gemeldeten Bergarbeiter-Lohnerhöhungen ist noch nachzutragen, daß sich die Parteien über die Annahme des Schiedsspruches bis zum 31. Juli zu entscheiden haben. Die Arbeitgeber haben sich bereits unter Voraussetzung einer entsprechenden Erhöhung der Kohlenpreise mit dem Schiedsspruch einverstanden erklärt, während die Zustimmung von Arbeitnehmerseite noch nicht erfolgt ist.

Briefe des Landesverräters Eichhorn.

München, 27. Juli. Die „Münchener Neuesten Nachrichten" geben aus einer Dokumentensammlung des Südwestdeutschen Verbandes München-Pasing eine Reihe von Originalbriefen wieder, die der pfälzische Landesverräter Eichhorn mit französischen Personen gewechselt hat.

Das erste Schreiben ist vom 18. Juli 1920 datiert und an Franklin Bouillon gerichtet. Eichhorn bemerkt in diesem Schreiben, das die rheinischen Fragen behandelt, der klare Blick Franklin Bouillons in politischen Angelegenheiten habe ihn entzückt. In seinem Bericht an den kommandierenden General der Besatzungsarmee habe er (Eichhorn) schon im Vorjahre vor irgend welcher Schwäche gewarnt. Eine rheinische Politik Frankreichs ohne Vorwissen der Engländer sei nicht möglich. Vom ersten Tage der Unterhaltung an sei Eichhorn mit Franklin Bouillon einig über die Notwendigkeit der Bewegung gewesen. Auf Anraten Gerards und des Bruders von Echardt (der 1919 Leiter der Section Economique Francaise in Ludwigshafen war), habe sich Eichhorn an Franklin Bouillon gewandt weil er wußte daß dieser imstande sei, ihn zu unterstützen. Er (Eichhorn) kenne die innere Politik Frankreichs nicht, aber er wisse, daß man sich beeilen müsse, in den Rheinlanden zu handeln, und daß Franklin Bouillon gleicher Ansicht sei. Zum Schluß bittet Eichhorn den französischen Minister, zu handeln.

Diesem Schreiben, das einen unwiderleglichen Beweis für die separatistischen Machenschaften in der Pfalz gibt, war von Eichhorn eine Aufstellung über den Bedarf der Pfalz an Lebensmitteln, Kohlen usw. und ein Voranschlag der für die separatistische Tätigkeit notwendigen Hilfsmittel beigefügt. In dem Voranschlag waren u. a. 69 000 Mark monatlich für die Umgestaltung der Zeitung des Bundes „Freie Pfalz" in ein offizielles Organ der Politisch-Republikanischen Partei eingesetzt. Damit ist bewiesen, daß Eichhorn nichts anderes wollte, als französisches Geld für seine Bewegung, um seine Zeitung zu erhalten. Franklin Bouillon antwortete, es liege ihm viel daran, Eichhorn wissen zu lassen, wie leid es ihm tue, daß der Mittelsmann, der den Verkehr zwischen Eichhorn und Franklin Bouillon vermittelte, den Brief nicht an ihn übersandt habe. Die neue Politik sollte insbesondere auf die katholischen Rheinländer wirken.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten" kündigen weitere Enthüllungen über die Machenschaften der freien Pfalzbewegung an.

Um den Zahlungsaufschub.

Vanderlip in München.

München, 27. Juli. Der amerikanische Finanzmann Frank Vanderlip ist in München eingetroffen. Er wird heute vormittag beim Ministerpräsidenten und Landwirtschaftsminister vorsprechen. Vanderlip will einige Tage in München bleiben, um sich über die deutschen Verhältnisse zu informieren. Er steht auf dem Standpunkt, daß Deutschland in kürzester Frist zusammenbrechen muß, wenn nicht radikale Aenderungen in seinen Reparationslasten vorgenommen werden. In der Frage der Schuld am Kriege vertritt Vanderlip die Ansicht, daß man in dieser Hinsicht von dem Ausland nichts erwarten dürfe, da ja nicht einmal die deutsche Regierung den Entschluß aufbringe, in dieser Frage die Initiative zu ergreifen.

Unsaubere Wiederaufbaumachenschaften.

Bereicherung auf Deutschlands Kosten.

Paris, 27. Juli. Ueber einen unerhörten Skandal aus den zerstörten Gebieten berichtet der Matin. In Laon wurden einem Kaufmann für eine Zuckerfabrik, die er vor dem Kriege für 250 000 Franken erstanden hatte, 12 952 607 Franken an Entschädigungen zuerkannt. Später wurden vom Bureau für industrielle Wiederherstellung 10 Prozent von dieser Summe abgestrichen. Der Kaufmann hat es außerdem verstanden, sich Vorschüsse von mehreren Millionen zu verschaffen. Der Skandal wurde schließlich so arg, daß der Präfekt des Aisne-Departements die Sache im Namen des Staates dem Laoner Gericht übergeben hat.

Ein Kollektivschritt zum deutschen Stundungsgesuch.

Paris, 27. Juli. Seit Dienstag abend haben die Vertreter der alliierten Ausgleichsbureaus in London, Paris und Brüssel über die Note der deutschen Regierung an die alliierten Regierungen verhandelt, in der eine Herabsetzung der monatlichen Verpflichtungen von zwei Millionen Pfund Sterling auf 500 000 Pfund Sterling verlangt wird. Es ist bis jetzt noch nicht bekannt geworden, ob durch diese Beratungen angedeutet wird, daß die alliierten Regierungen einzeln zu der deutschen Note Stellung nehmen oder sich auf einen Kollektivschritt einigen. In Paris scheint man die Absicht zu haben, jeder Regierung volle Handlungsfreiheit zu belassen. Was die Vertreter der Ausgleichsbureaus heute, in letzter Stunde, beschließen werden, steht noch dahin, jedoch scheint es, daß die Beratungen einen umfangreichen Charakter annehmen werden und daß tatsächlich von englischer Seite der Einwand gemacht wurde, ob es nicht besser wäre, das Verfahren dadurch zu beendigen, daß man die gegenseitigen Vorkriegsverpflichtungen der Staatsbürger durch eine Pauschalsumme ausgleicht.

Aus dem Auslande.

England.

Streikunlust englischer Bergleute.

London, 27. Juli. Die Tatsache, daß in allen Hafenstädten jetzt große Nachfrage nach Schiffen besteht, die die in England gekaufte Kohle nach Amerika bringen sollen, hat unter den Arbeitern einige Beunruhigung hervorgerufen. Die Führer erklären, daß man unmöglich die streikenden Arbeiter in Amerika im Stich lassen könne, indem man gestatte, englische Kohle nach Amerika zu bringen. Das wäre eine des englischen Arbeiters unwürdige Haltung. Im großen und ganzen scheinen die Arbeiter jedoch auf diese schönen Ratschläge nicht hören zu wollen. Man glaubt aus diesem Grunde nicht, daß ein Sympathiestreik zu erwarten sei. Zwei Gründe sprechen hauptsächlich gegen einen Streik. Der eine ist, daß die Amerikaner während des großen englischen Streiks die Arbeiter in England nicht unterstützten, sondern ruhig zuließen, daß amerikanische Kohle nach England kam. Der zweite ist, daß die englischen Grubenarbeiter während des letzten Streiks alle ihre Mittel ausgegeben haben, sodaß kein Geld zur Verfügung steht, um jetzt einen Sympathiestreik zu beginnen. Drittens sehen die englischen Arbeiter ein, daß sich jetzt eine gute Gelegenheit bietet, die während und nach dem Kriege verlorenen Märkte, besonders in Südamerika und in Italien wiederzugewinnen.

Balkan.

Noch keine Anerkennung Konstantins.

London, 27. Juli. Im Unterhause erklärte gestern der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Harmsworth, auf eine Frage, daß die Konferenz über Tanger demnächst abgehalten werden soll und daß Verhandlungen darüber jetzt zwischen der englischen, französischen und spanischen Regierung schwebten. Auf eine weitere Anfrage erklärte Harmsworth, daß der König von Griechenland von den Mächten noch nicht anerkannt worden sei. Als seinerzeit der König wieder nach Athen zurückgekommen sei, hätten die alliierten Mächte ausdrücklich abgemacht, ihn nicht anzuerkennen, und seitdem sei nichts geschehen, was eine Aenderung dieser Politik notwendig mache.

Rußland.

Moskauer Drohnoten an Rumänien.

Moskau, 27. Juli. Das russische Volkskommissariat für Auswärtiges veröffentlicht in der Presse zwei Noten an Rumänien. Die erste fordert die Einstellung der Unterstützung antisowjetistischer Militärorganisationen, ihre Entwaffnung und Auflösung, ebenso der sogenannten diplomatischen Missionen und das Aufhören systematischer Gebietsverletzungen durch rumänische Grenzwachen. Die zweite Note erwartet, daß die rumänische Regierung die Pressemeldungen über Mitführung von Propagandamaterial durch ein ukrainisches Militärflugzeug, das in Rumänien notlandete, demontiert und beide Flieger in die Ukraine zurücksendet.

Wenn auch bisher der Erfolg solcher Noten meist zu dem drohenden Ton in seltsamem Mißverhältnis stand, so wird man doch in dem neuen Schritt Moskaus eine Auswirkung der Haager Mißerfolge sehen, der die in Genua vereinbarte vorläufige Waffenruhe im Osten ja stark beeinflussen wird.

Polen.

Ab 1. August tritt der erhöhte Warentarif auf den polnischen Eisenbahnen in Kraft. Das Eisenbahnministerium beabsichtigt auch die Personentarife zu erhöhen.

Auffallend schlechter Gesundheitszustand der Saarbergleute.

Im Saargebiet nimmt die Spannung zwischen der Arbeiterschaft und der französischen Bergverwaltung in der letzten Zeit besonders stark zu. Durchweg herrscht in Bergarbeiterkreisen eine große Mißstimmung, die ihre Ursache nicht, wie vielfach angenommen wird, in der Tatsache, daß die Verwaltung der Saargruben französisch ist, hat, sondern zurückzuführen ist auf die Mißstände, die auf den Saargruben herrschen. Es sind auch nicht die Streitpunkte über die Lohnverhältnisse allein, die die Erregung hervorgerufen haben, sondern sie liegt vielmehr nicht zuletzt auf dem Gebiete des Gesundheits- und Knappschaftswesens. Der Gesundheitszustand der Saarbergleute, der früher ein verhältnismäßig guter war, hat sich nämlich im Laufe dieses Jahres ganz auffallend verschlechtert. Ein Vergleich mit dem Jahre 1920 zeigt dies ganz deutlich. Nach den statistischen Zahlen des Saarbrücker Knappschaftsvereins erkrankten z. B. im Jahre 1920 im ganzen 30 883 Saarbergleute. Dagegen in den ersten 3 Monaten dieses Jahres bereits 27 117, also fast so viel Erkrankungen wie 1920 insgesamt. Auch in 1921 war das Verhältnis demgegenüber noch günstig. Denn im ersten Vierteljahr 1921 betrug die Krankheitsziffer 9384, also in dem gleichen Zeitraum des Jahres 1922, 17 733 Erkrankungen mehr.

Ein ähnliches Bild zeigen die Zahlen der Krankheitstage. 608 379 im ganzen Jahre 1921 stehen bereits 528 267 Krankheitstage im ersten Vierteljahr 1922 gegenüber. Das ist eine so auffallende Erscheinung, daß sie erklärlicherweise sehr zur Beunruhigung der davon zunächst Betroffenen führen muß. Daß dadurch auch die Belastung der Krankenkasse eine außergewöhnlich starke geworden ist, ist selbstverständlich. Während die Aufwendung auf den Kopf der Belegschaft z. B. im Juli 1921 nur 485 Franken betrug, mußten im April 1922 bereits 14,69 Franken verwendet werden. Die Leistungsfähigkeit der Krankenkasse ist, wenn nicht bald eine Besserung eintritt, geradezu in Frage gestellt. Diese Umstände sind um so auffallender, weil die hohe Krankheitsziffer nicht auf Grippe oder ähnliche Massenerkrankungen zurückzuführen ist, vielmehr ihre Ursache in dem allgemeinen schlechten Gesundheitszustand der Saarbergleute hat. Die französische beeinflußte Knappschaftsverwaltung will dies allerdings nicht zugeben. Sie ist der Ansicht, daß die hohe Zahl der Krankheitsfälle auf unberechtigtes Krankfeiern zurückzuführen sei und ersucht die Knappschaftsältesten, nach Kräften auf eine Verminderung hinzuwirken. Die Arbeiter weisen dagegen den Vorwurf der Simulation ganz entschieden zurück. Sie sehen die Ursache in der Hauptsache in einer Ueberarbeitung der Belegschaft infolge eines ungeheuer starken Druckes, der auf sie ausgeübt wird. Hinzu kommt noch, daß der Vorsitzende des Saarbrücker Knappschaftsvereins, ein Franzose namens Fleury, die Verhandlungen mit den Arbeitervertretern so leitet, daß es fast in jeder Sitzung zu Zusammenstößen kommt. So wuchs denn die Spannung zwischen Arbeitgeber und Arbeiterschaft auch auf knappschaftlichem Gebiete immer mehr. Wie groß sie bereits geworden ist, zeigt der Verlauf einer am 24. Juni stattgefundenen Generalversammlung des Saarbrücker Knappschaftsvereins, die durch das einmütige Verlassen der 125 Knappschaftsältesten ein vorzeitiges Ende fand. Bei den Verhandlungen, die z. Zt. zwischen der französischen Bergverwaltung und den Vertretern der Arbeiterorganisationen stattfinden, werden daher, im Zusammenhang mit den Fragen des Lohn- und Arbeitsverhältnisses, auch knappschaftliche Fragen eine größere Rolle spielen.

Letzte Drahtmeldungen.

Der Reichspräsident schreibt an Lerchenfeld.

Berlin, 28. Juli. Auf Grund der vorgestrigen Beschlüsse der Reichsregierung und der gestrigen Besprechungen zwischen dem Reichskanzler, den Mitgliedern der Reichsregierung und dem Reichstagspräsidenten Loebe hat sich der Reichspräsident Ebert entschlossen, dem bayerischen Ministerpräsidenten einen Brief zu schreiben. Die gestrige Kabinettssitzung hat sich bereits mit dem Inhalt desselben befaßt. Das Schreiben soll heute oder spätestens morgen übergeben werden.

Die Verfassungsfeier im Reichstage.

Karlsruhe, 28. Juli. Der Reichskanzler hat den badischen Staatspräsidenten Dr. Hummel eingeladen, bei der Gedenkfeier am 11. August im Reichstage die Festrede zu halten. Dr. Hummel hat die Einladung angenommen.

Ein neuer Flaggenerlaß.

Berlin, 28. Juli. Der amtliche preußische Pressedienst teilt mit, daß Minister des Innern Severing unter Bezugnahme auf die bekannten Beschlüsse des Staatsministeriums zur Vorbereitung der Beflaggung der Dienstgebäude am 11. August durch einen neuerlichen Erlaß anordnete, daß die erforderlichen Flaggen nunmehr mit größter Beschleunigung und soweit es bei der Kürze der Zeit noch möglich ist gemäß den Richtlinien beschafft werden, die am 22. Juni beschlossen sind.

Besprechungen Badens, Württembergs und Hessens.

Karlsruhe, 28. Juli. Am Freitag findet im hiesigen Landtagsgebäude eine Besprechung der Ministerpräsidenten von Württemberg, Baden und Hessen statt, in der man Stellung zu der durch die Verordnung der bayerischen Regierung vom 24. Juli geschaffenen Lage nehmen will.

Das neue Münzgeld.

Berlin, 28. Juli. Die Vorschläge auf Ausprägung von Ersatzmünzen im Werte von 1, 3 und 5 Mark wurden vom Münzausschuß gutgeheißen. Diese Münzen sollen aus Aluminium legiert mit 1% Kupfer bestehen. Zur Ausprägung gelangen vorläufig für 400 Millionen Mk. 1-Mk.-Stücke, für 600 Millionen Mk. 3-Mk.-Stücke und für 800 Millionen Mk. 5-Mk.-Stücke.

Die erste Privatbahn in Rußland.

Moskau, 28. Juli. Das zuständige sibirische Kommissariat hat den Plan einer Privatbahnanlage bestätigt. Damit ist der erste Fall einer Bahn in Privatbesitz in Sowjet-Rußland gegeben.

Gute Ernte in der Ukraine.

Moskau, 28. Juli. In einer großen Reihe von Distrikten und Gouvernements in der Ukraine hat die Ernte begonnen. In Charkow, Poltawa und Jekaterinoslaw ist der Ausfall der Ernte vollkommen befriedigend. Körner- und Strohertrag sind von ausgezeichneter Qualität.

Handelsteil.

Berliner Produktenbericht.

Berlin, 27. Juli. Des morgens war bei merklich befestigtem Dollar die Nachfrage nach Getreide allgemein lebhaft und die Offerten auf der ganzen Linie zahlreicher und dadurch höhere Preise angeregt. Des Mittags wurde die Haltung ruhiger. Der wieder schwächere Dollar drückte etwas. Doch blieb die Haltung fest, weil die Befürchtung der weniger billigen Qualität der neuen Ernte dauernd lebhaftes Begehr für alte Ware hervorrief. Für Weizen sind die Mühlen Reflektanten für ausländische Ware, kaufen aber bei der Knappheit auch die im Lande befindliche Ware Roggen verkehrte zu merklich erhöhten Preisen. Des Mittags waren die Offerten billiger, Gerste war gesucht und steigend, Hafer wurde höher bezahlt. Für Mais wird das Angebot aus zweiter Hand allmählich knapper. Futterstoffe sind wie der mehr begehrt.

Nichtamtliche Notierungen.

Drahtgepr. Roggen- und Weizenstroh 205/235, Haferstroh 205/235, Bindfadengepr. Roggen- und Weizenstroh 190/220, gebündeltes Roggen-Langstroh 206/235, loses und gebündeltes Krummstroh 170/190, Häcksel 270/285, handelsübl. Heu 410/450, gutes Heu 480/520.

Deutscher Außenhandel im Juni.

Berlin, 27. Juli. Nach den vorläufigen Feststellungen des Statistischen Reichsamts über die Ergebnisse des deutschen Außenhandels im Juni betrug im Spezialhandel

die Einfuhr 40,3 Millionen Dz. im Werte von 34 Milliarden Mark,

die Ausfuhr 18,8 Dz. im Werte von 30,3 Milliarden Mark.

Gegenüber dem Vormonat nahm die Einfuhr um 2,2 Millionen Dz. im Werte von 2 Milliarden Mark zu. Die Ausfuhr weist bei einer Wertsteigerung um 3,2 Milliarden Mark einen mengenmäßigen Rückgang um 2,1 Millionen Dz. auf. Der Einfuhrüberschuß betrug 4,1 Milliarden Mk. gegen 5,2 Milliarden Mark im Mai.

Besonders bemerkenswert bei der Einfuhr ist die starke Steigerung bei den Steinkohlen (4,6 Millionen Dz. bezw. 671 Millionen Mark), ferner bei Zucker (270 000 Dz. bezw. 822 Mill. Mk.). Weiter wurden in erheblich vermehrtem Maße eingeführt Braunkohlen, Koks, Preßkohlen, Baumwoll- und Wollgarne, Bau- und Nutzholz, Papierholz, Zement, Roggen, Kaffee und Rohtabak. Eine starke Verminderung der Einfuhr weisen dagegen Weizen, Wolle, Baumwolle, Rohseide, Eisenerze, Messing, Schmieröl, Rohbenzin, Oelfrüchte und Sämereien auf. Der starke mengenmäßige Rückgang der Ausfuhr ist hauptsächlich auf den Rückgang der Steinkohlenausfuhr (— 1,7 Millionen Dz. bezw. 106 Millionen Mk.) zurückzuführen. Auch die Ausfuhr von Kalisalzen, Oelkuchen, Bau- und Nutzholz und Papiermasse weist nicht unerhebliche Rückgänge auf. Zugenommen dagegen hat die Ausfuhr von Wolle, Wollwaren, Erden, Steinen, Farben, Farbwaren, Filmen und Musikinstrumenten.

Im ersten Halbjahr 1922 stellte sich die Einfuhr auf 171,6 Millionen Dz. im Werte von 142,9 Milliarden Mark, die Ausfuhr auf rund 120,8 Millionen Dz. im Werte von 130,8 Milliarden Mark. Der Einfuhrüberschuß betrug 12,1 Millionen Mark.

Aus Castrop und Umgegend.

♂ **Die Jugendwoche** nahm gestern ihren Fortgang. Leider wurde die Entwicklung des Programms auf dem Rennplatzgelände arg durch die Ungunst der Witterung beeinträchtigt. Der Tag war im wesentlichen für die Mädchen vorgesehen, die kurz vor 3 Uhr von der Viktoriaschule durch die unermüdliche und äußerst exakt spielende Knüppelmusik der Franziskusschule zum Festplatz abgeholt wurden. Im Laufe des Nachmittags führte die „Jungborn-Gruppe" Castrop auf dem Marktplatz alte deutsche Volksreigen vor, wozu sie aus dem reichen Schatz unserer schönen Volkslieder sangen. Die drei Dutzend blumengeschmückten Mädchen machten ihre Sache so gut und fanden solchen Beifall, bei der sich schnell ansammelnden Zuschauerschaft, daß wir den Wunsch äußern möchten, daß die Jungbornerinnen ihre auch durchaus kulturell sehr bedeutsamen Vorführungen nochmal an einem der nächsten Sonntage nach Schluß des letzten Gottesdienstes auf dem Marktplatz wiederholen möchten. Sie würden dadurch auch ihrer Sache gewiß sehr dienen, da sie so breiteste Kreise auf ihre anerkennenswerten Bestrebungen aufmerksam machen würden. — Das Programm des heutigen Tages ist aus dem Anzeigenteil zu ersehen.

* **S. G. V.** Im Rahmen der Jugendwoche hält am Samstag nachmittag um 3 Uhr Herr H. Kracht-Caternberg, 2. Hauptvorsitzender des S. G. V., im Saale des Hotels Busch (Inh. Rockemann) einen Vortrag über „Jugendwandern und Jugendherbergen". Bei dieser Gelegenheit soll eine Ortsgruppe des Reichsverbandes für deutsche Jugendherbergen ins Leben gerufen werden. Durch persönliche Verbearbeit einiger Herren der hiesigen S. G. V.-Abteilung sind bereitz etwa 40 Mitglieder gewonnen. Im Interesse der guten Sache wäre zu wünschen, daß der Vortrag einen regen Besuch aufwiese und eine große Anzahl neuer Mitglieder aufgenommen würde. Der niedrige Jahresbeitrag von 20 Mk. steht in gar keinem Vergleich zu den Vorteilen, die einem jeden Wanderer die Mitgliedschaft bietet; und jeder, der unsere sauerländischen Jugendherbergen kennt, wird es begrüßen, daß auch hier in Castrop eine Ortsgruppe des genannten Verbandes entstehen soll.

⊡ **Theaterabende für Castrop.** Der seit Jahr und Tag wie ein Veilchen im Verborgen vegetierende städtische Ausschuß für Theater und Musik hielt gestern nachmittag unter dem Vorsitz von Herrn Bürgermeister Wynen im Sitzungssaale des städtischen Verwaltungsgebäudes eine Versammlung ab, um zu beraten, ob im kommenden Winter in Castrop regelmäßig Theaterabende veranstaltet werden sollen oder nicht. Nach reiflicher Ueberlegung und eingehender Besprechung der Materie und nach einem ausführlichen Referate des Herrn Theater-Direktors Dornseiff-Herne kam man zu dem Entschlusse, der Stadt die Uebernahme von zunächst zwei Probe-Abenden für Anfang Oktober zu empfehlen. Von dem Ausfall und vom Besuch dieser beiden Veranstaltungen soll es dann abhängig gemacht werden, ob man dem Vorschlag des Vereinigten Städte-Theaters Herne-Recklinghausen beipflichten wird, der für die Zeit von Oktober bis Mitte Mai etwa 14 Theaterabende, also monatlich 2, vorsieht. Bei den hohen Theaterpreisen in den benachbarten Großstädten und insbesondere in Berücksichtigung der immer höher gestiegenen Nebenunkosten (Straßenbahnfahrt, Verzehr usw.) ist es gewiß freudig zu begrüßen, daß auch die Stadt Castrop dazu übergehen will, an Ort und Stelle dem Publikum gute Theateraufführungen zu bieten. Daß es sich nur um solche handeln wird, dafür glaubt der Theaterausschuß in dem über die frühere Tätigkeit des Herrn Theaterdirektors Dornseiff in Recklinghausen eingeholten Berichte und an Hand des von ihm selbst in der gestrigen Sitzung entwickelten Programms Bürgschaften zu besitzen. Der Durchschnittspreis einer Theaterkarte wird sich nach dem bisherigen Kostenanschlage auf etwa 20—25 Mk. belaufen, er ist also im Vergleich zu den Auslagen, die ein Theaterbesuch in Dortmund oder Bochum mit sich bringt, recht bescheiden zu nennen. Hoffen wir, daß dieses neue Bestreben der Stadt im Dienst der Volksbildung nicht das gleiche Schicksal erfährt wie die Volkshochschule und anderes vor ihm.

✉ **Alles was recht ist,** die Normaluhr geht seit gestern wieder richtig. Das Schlagwerk funktioniert wieder, wie erforderlich. Dagegen stimmen die Minutenzeiger noch immer nicht ganz überein. Wohl um hinter ihrer Kollegin von der anderen Konfession nicht zurückzustehen, trat dagegen gestern die Turmuhr an der evangelischen Kirche in den Demonstrationsstreik. Wer sich nach ihr richtete, wird wohl überall erheblich zu spät gekommen sein. Aber auch der Schaden ist, wie wir hören, inzwischen wieder behoben worden, sodaß wir hoffen dürfen, jetzt wieder von beiden Türmen genau zu erfahren, was die Stunde ist.

*

⊙ **Rauxel.** (Messerstecherei.) Ein Bergmann von der Frohlinderstraße wurde, als er von einer Bierreise sich auf dem Wege zum Hellweg in Merklinde befand, im Verlauf eines Wortwechsels von seinen Zechgenossen gepackt und in den Graben geworfen. Dort bearbeitete man ihn mit dem Spazierstock und brachte ihm einen Stich in den Hals bei, der seine Aufnahme ins Krankenhaus erforderlich machte.

Aus dem Emschertal.

△ **Ickern.** (Kirchweihe.) Ein Freudentag steht der hiesigen katholischen Gemeinde für den 6. August bevor. An diesem Tage wird nämlich die neue kath. Pfarrkirche eingeweiht werden. Man erwartet zu der kirchlichen sowohl wie zu dem damit verbundenen Feste der kath. Vereine eine zahlreiche Beteiligung von fern und nah.

⚲ **Henrichenburg.** (Zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt.) Der Mitte Febr. d. Js. vom Schwurgericht in Bochum wegen Mordes zum Tode verurteilte 19jährige Gärtnergehilfe Herbert Martin aus dem nahen Hornsburg ist durch Beschluß des preußischen Staatsministeriums zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden. Martin erdrosselte am Abend des 8. Dezember 1921 an einem Privatweg unweit der Hornsburger Straße hinter Dorn- und Brombeergestrüpp seine gleichaltrige Geliebte Antonie Lippert, die er dorthin gelockt hatte. Der Tat ging ein verzweifelter Kampf voraus. Alsbald nach der Tat wurde Martin durch den Kriminalkommissar Carls verhaftet. Martin leugnete anfangs, mußte sich aber angesichts des erdrückenden Beweismaterials zu dem Bekenntnis bequemen, seine Geliebte, der er überdrüssig geworden war, mit vorgefaßter Absicht getötet zu haben. — Von den im Winter 1921 und im Frühjahr 1922 vom Bochumer Schwurgericht zum Tode verurteilten 7 Personen sind bisher 3, und zwar die Erkenschwicker Raubmörder Müller, Kley und Heising hingerichtet, 3 zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden, und zwar der vierte Erkenschwicker Raubmörder Heinz Henseler aus Gelsenkirchen, der Lustmörder Owsiannn aus Herten und jetzt der Gärtnergehilfe Martin. Weiter zum Tode verurteilt ist noch der Schlosser Kellermann aus Hordel bei Bochum wegen Erschießung eines Schupobeamten bei Gelegenheit seiner Verhaftung. Ueber dessen Gnadengesuch ist bisher noch keine Entscheidung getroffen worden.

△ **Derne.** (Selbstmord des Emil Braß. Die Derner Polizei und die Landjägerei hatten gemeinsam festgestellt, daß der Mörder Emil Braß in der Nacht zum 26. Juli von seinem Anhang von außerhalb abgeholt wurde und inzwischen bei der Familie Karl Schnija in Altenderne-Oberbecker, Mühlenstraße 151, Unterkunft gefunden hatte. In Gemeinschaft mit der zur Unterstützung herbeigerufenen Schutzpolizei Dortmund wurde der Schlupfwinkel umstellt. Braß eröffnete sofort aus dem Innern des Hauses das Feuer auf die Beamten aus einer Pistole, worauf die Beamten das Feuer erwiderten. Als Braß merkte, daß kein Entrinnen mehr möglich war, machte er seinem Leben durch einen Kopfschuß ein Ende. — Von anderer Seite erfahren wir zum Ende des E. Braß noch folgende Einzelheiten: Nunmehr ist auch der jüngere der Gebrüder Braß tot der Polizei in die Hände gefallen. Die Polizei hatte erfahren, daß Emil Braß in der Nacht zum 26. Juli von seinem Anhang abgeholt worden war und in dem Hause Mühlenstracke 151 in Altenderne-Oberbecker bei der Familie Smija Unterschlupf gefunden hatte. Verstärkt durch die Schutzpolizei wurde das Haus zwischen 7 und 8 Uhr abends umstellt. Bald darauf wurden zwei Schüsse aus dem Hause auf die vorgehenden Polizeibeamten abgegeben, die indes nicht trafen. Kurze Zeit später fiel ein dritter Schuß. Gleich darauf wurde gerufen: Emil Braß hat sich erschossen. Die Insassen des Hauses ergaben sich und brachten gleichzeitig die Leiche des Erschossenen mit. Emil Braß hatte sich einen Kopfschuß beigebracht. Unter den Insassen des Hauses, die festgenommen wurden, befand sich ein dritter Bruder Karl Braß, der verdächtig ist, an den Raub- und Mordtaten seiner Brüder teilgenommen zu haben, ferner ein Schwager namens Kreft und ein Vetter Füsmann. In dem Hause wurden Waffen, eine riesige Menge Munition, Handgranaten, eine Bohrmaschine und u. a. 500 Dreimarkstücke gefunden.

Turnen, Spiel und Sport.

Fußball.

Sportwoche in Ickern.

Der Turn- und Sportverein Ickern veranstaltet in der Woche vom 30. Juli bis 6. August 1922 anläßlich seines 10jährigen Bestehens eine Sportwoche. Für diese Zeit ist ein reichhaltiges Programm vorgesehen und allen Sportfreunden Gelegenheit geboten, sich guten Sport aller Art anzusehen.

Am Sonntag, den 30. Juli, finden leichtathletische Wettkämpfe statt, bei denen auch die heimischen Schulen in Massenfreiübungen und Fünfkampf mitwirken. Im Anschluß daran sind Faust- und Schlagballwettkämpfe vorgesehen.

Am Dienstag, den 1. August, und Donnerstag, den 3. August, treffen sich Mengede 1—Castrop 1 bezw. Rasensport Rauxel 1—Waltrop 1 im Fußballwettspiel um einen wertvollen Pokal.

Am Mittwoch und Freitag spielen die heimischen Mannschaften gegen Husen-Kurl, B-Meister des Bezirks Hamm und Datteln.

Am Samstag um 6 Uhr nachm. findet das Endspiel um den Pokal statt. Vorher treffen sich die Alten Herren-Mannschaften Rauxel-Ickern. Auf dieses Spiel wird ganz besonders hingewiesen, da die Zuschauer gewiß den Humor des Sports kennen lernen können.

Am Sonntag wird die Sportwoche durch das Spiel Betzdorf-Liga (Siegerländer-Verein) gegen Ickern 1 beendet. Die heimische Mannschaft tritt damit zum erstenmal einer sehr starken Elf gegenüber. Ostern besiegte der Betzdorfer T.-V den Liga-Kreismeister Hagen 1860 mit 4:0. Auch Ickern tritt in vollster Stärke an. Ein interessantes Spiel ist zu erwarten. Hoffentlich ist das Wetter der Veranstaltung hold, daß der Verein auf eine wohlgelungene Festwoche zurückblicken kann. Alles Nähere ist aus den Plakaten ersichtlich.

Diestelkamp.

*

Wahlversammlung des Westdeutschen Spielverbandes.

In Elberfeld fand am Sonntag unter zahlreicher Beteiligung aus allen Gauen des W. S. V. der diesjährige Wahltag in der Stadthalle statt. Nach einer Begrüßung des Herrn Jersch wurden einige kurze Anfragen eingebracht, die mehr oder weniger die Gemüter erhitzten.

Unter anderem legte der V.-V. der Versammlung den Antrag vor, zu beschließen, daß in Zukunft auch Einzelmitglieger dem W. S. V. angehören dürfen, die in keinem Verein sind. Der Antrag wurde von Herrn Grolms befürwortet und von Herrn Zündorf in dieser Fassung bekämpft. Bei der Abstimmung fiel er so durch. Nach einer Aenderung, daß die Einzelmitglieder als solche dem W. S. V. beitreten dürfen, sofern sie vorher keinem Verein angehört haben, wurde er angenommen. Darauf sprach Herr Grolms über den Abbau der Verbandsinstanzen. Der Wahlversammlung sollen in Zukunft die Verbandsausschüsse und die Bezirksobleute und die Vertreter der einzelnen Verbandsvereine angehören.

Der Grolmsche Vorschlag über Einteilung der Bezirksausschüsse ging wie folgt durch: Ein Bezirk soll an der Spitze den Bezirksobmann haben, einen Geschäftsführer, einen Beisitzer, L. A.-Obmann, Jugendobmann und einen Mann des Bezirks-Schiedsrichterausschusses.

Man sucht in die Pokalspiele eine festere Form wie in Süddeutschland zu bringen. Der Gewinner des Pokals soll dann an der Endrunde des W. S. V. teilnahmeberechtigt sein. Doch schließlich stellte man die Entscheidung hierüber zurück, bis die Einteilung endgültig geregelt ist.

Der Kassenbericht brachte ein schönes Bild über die Größe unserer Bewegung und eine traurige Erscheinung von unserer Geldentwertung. Am Anfang Januar soll das Vermögen des W. S. V. 660 000 Mark und am 1. Juli 840 000 Mark betragen haben. Die Ausgaben im ersten Halbjahr beliefen sich auf rund eine halbe Million, so daß zu Jahresschluß die Ausgaben weit über eine Million gehen werden.

Eine heftige Debatte setzte ein, als die Kopfsteuer auf 6 Mark pro Person erhöht werden sollte, doch schließlich fand auch dieser Antrag Gnade bei der Menge und wurde angenommen.

Ein kommunaler Steuerstreik?

Aus Essen wird der „Korrespondenz Industriegebiet" mitgeteilt:

„Die Stadtverordneten-Versammlung Essen hat in ihrer letzten Sitzung den Sozialen Baubetrieben eine Unterstützung von 2 Mill. Mark bewilligt. Unter den Handels- und Gewerbetreibenden sind nun Verhandlungen über die Einleitung eines Gewerbesteuerstreiks im Gange. Die Aufregung unter den Gewerbetreibenden ist groß, weil mit dem städtischen Steueraufkommen, das zum größten Teil von dem Gewerbe und Hausbesitz aufgebracht wird, die Baubetriebe unterstützt werden sollen, die bekanntlich eine Sozialisierung des Bauwesens und des Hausbesitzes erstreben. Die Gewerbetreibenden Essens wollen solange die Zahlung der Gewerbesteuer verweigern, bis die von der Stadt den sozialen Baubetrieben bewilligten 2 Mill. Mark entweder zurückgezahlt oder der Organisation der Gewerbetreibenden ähnliche Summen zur Verfügung gestellt werden".

Wenn man auch in vorstehender Mitteilung wohl mehr eine Art Schreckschuß als eine ernsthafte Drohung, die im Widerspruch zu Gesetz und Verfassung stände, und daher durchaus abzulehnen wäre, erblicken darf, so ist doch nicht zu übersehen, daß der Gedanke des kommunalen Steuerstreiks bedenklich an Boden gewinnt. Dies ist das Bemerkenswertere an der Mitteilung als der Kampf gegen die sozialen Baubetriebe. Verursacht ist jene Entwicklung dadurch, daß heute die Gemeinden durch die Reichsfinanzgesetzgebung gezwungen sind, Steuern fast nur von bestimmten Bevölkerungsklassen, nämlich von den wirtschaftenden, kapital- und grundbesitzenden Kreisen zu erheben, während sie auf die Einkommenbesteuerung, die alle Schichten trifft, keinen Einfluß mehr haben, daß aber andererseits die von den Kommunalsteuern hauptsächlich betroffenen Kreise infolge der Demokratisierung des Kommunalwahlrechts auf die Ausgaben der Gemeinden keinen maßgebenden Einfluß mehr haben, diese vielmehr in erster Linie von den Vertretern der Lohn- und Gehaltsempfängern bestimmt werden. Schlagwortartig formuliert: Die einen beschließen die Ausgaben und die andern müssen sie bezahlen. Diese kommunalpolitische Umwälzung trifft nun zusammen mit den wirtschaftlichen Nöten unserer Zeit, die zum Teil die Ursache der hohen Kommunalsteuern sind und außerdem die Belastung besonders drückend machen. Unter diesen Verhältnissen wird das zweifellos vorhandene Mißverhältnis zwischen Besteuerung und Vertretung der Besteuerten besonders hart empfunden, und dies führt dazu, daß nach anderen Machtmitteln gesucht wird, um hier einen Ausgleich herbeizuführen. Ein besonderer Antrieb hierzu ist gegeben, wenn Ausgaben der Gemeinden für Zwecke gemacht werden, denen die Hauptbesteuerten feindlich gegenüberstehen, wie das in dem Essener Falle zutrifft.

Wer die Kämpfe der Gegenwart und mehr noch vielleicht der Zukunft verstehen will, darf diese Zusammenhänge nicht außer acht lassen. Es wird eine erste Aufgabe aller Besonnenen sein müssen, hier einen Ausgleich auf gesetzlichem Wege zu ermöglichen. Steuerstreiks, die die Finanzwirtschaft der Gemeinden vollends erschüttern würden, können wir bei unserer heutigen Lage nicht brauchen. Man vermeidet sie aber sicherer, wenn man den Streiklustigen nicht nur gut zuredet, sondern ihren Beschwerden, soweit sie berechtigt, möglichst abhilft.

Ein Vermächtnis.

Roman von W. Waldbröhl.

41

„Ich wüßte nicht, was es sonst gewesen sein sollte, als ein Traum," entgegnete Zorka. „Aber ist Ihnen von dem Traume sonst nichts im Gedächtnis geblieben, als dies eine?"

Ada versank in Nachsinnen, und nach einer kleinen Weile erwiderte sie zögernd wie jemand, der Mühe hat, zerstreute Einzelheiten zu einem Ganzen zusammenzufassen: „Ach, es war so vielerlei und es ging so bunt durcheinander! — Ein fremder Mann war auch dabei — ein Mann der etwas Böses gegen Hilda und mich im Schilde führte, und vor dem ich mich so entsetzlich fürchtete, daß ich den Kopf unter die Bettdecke steckte, um ihn nicht mehr zu sehen. — Dann sah ich auch Flammen, und der Rauch kam mir in den Hals, daß ich meinte, ich müßte ersticken. — Aber das Zimmer, in dem ich mich befand, war nicht dasselbe, in dem ich gelegen, ehe man mich hierhergebracht hatte. — Es war ein hübsches, freundliches Gemach mit hellen Möbeln und feinen Spitzenvorhängen, die wie Seidenpapier aufflammten, als sie von dem Feuer ergriffen wurden. Und das Merkwürdigste ist, daß ich dieses Zimmer auch jetzt noch mit all seinen Einzelheiten ganz deutlich vor mir sehe — so deutlich, daß ich einen Plan davon entwerfen und jedes Möbelstück hineinzeichnen könnte. Kann man denn so lebhaft und so plastisch träumen?"

„Nun, das Zimmer braucht ja nicht gerade ein Traum gewesen zu sein. Vielleicht war es eines von denen, in denen Sie früher gelebt haben, und hat sich, nachdem es einmal in Ihrer Erinnerung aufgetaucht war, mit den Phantasiegebilden des Traumes verwoben."

„Ja, so mag es gewesen sein," erwiderte Ada nachdenklich. „Ich glaube, Doktor Hellbach wird mir das alles am besten erklären können. Ich werde mit ihm darüber sprechen. Aber müßte er nicht eigentlich schon längst hier sein? — Mein Gott, wenn ihm etwas zugestoßen wäre — wenn er gar nicht käme?"

„Was für törichte Besorgnisse sind das, Kindchen? Einem Manne wie Doktor Hellbach stößt nicht so leicht etwas zu. Und wenn er sich verspäten sollte, so haben Sie darum noch keinen Grund, sich seinetwegen zu beunruhigen. Ein Arzt ist weniger als irgend ein anderer Mensch Herr über seine Zeit. Und er kann tausend Abhaltungen haben."

Wie ein trotziges kleines Kind schürzte die Baronesse die reizende Oberlippe.

„Aber er hat mir doch versprochen, daß er pünktlich da sein werde! — Und sein Versprechen muß einem Manne über alles andere gehen. Er weiß ja auch, wie ungeduldig ich auf ihn warte."

„Das sollten Sie ihm lieber nicht allzu deutlich merken lassen, Kind! — Sie sind doch kein kleines Mädel mehr! Und die Herren der Schöpfung, die ohnedies niemals an Selbstunterschätzung leiden, setzen sich leicht allerlei törichtes Zeug in den Kopf."

„Du bist sonderbar, Zorka! Was sollte der Doktor Hellbach sich denn in den Kopf setzen, auch wenn ich ihn merken ließe, daß ich mich auf sein Kommen freue? Ich glaube, unter seinen Patienten ist kein einziger, dem es nicht ebenso geht, und der ihm das nicht schon bei irgend einer Gelegenheit gesagt hat."

Der leise Argwohn, der sich im Herzen der Gesellschafterin hatte regen wollen, war schon wieder zerstoben. Sie warf einen Blick auf die Kaminuhr und stand auf.

„Nun ja — ich halte ihn ja auch für einen guten und vernünftigen Menschen — für viel vernünftiger jedenfalls, als die große Mehrzahl seines Geschlechts. Erzählen Sie ihm immerhin von Ihrem Traum und hören Sie, was er darauf zu erwidern hat! — Ich aber muß jetzt aufbrechen, wenn ich nicht Gefahr laufen will, meinen Zug zu versäumen. Bis zum Abend bin ich bestimmt wieder da."

Mit dem Recht auf Vertraulichkeit, daß sie aus ihrer langen treuen Dienstzeit herleitete, hauchte sie einen Kuß auf Adas weiße Stirn und machte sich eilends auf den Weg; denn es war jetzt wirklich hohe Zeit geworden.

An die Möglichkeit, daß sie beobachtet oder gar verfolgt werden könnte, dachte sie heute nicht mehr. Man hatte sie von seiten der Behörden in der letzten Zeit so ganz in Ruhe gelassen, daß sie sich von dieser Seite her außer jedem Verdacht wähnte. Und ihren heutigen Ausflug glaubte sie überdies durch die einleuchtende Erklärung, die sie nach Empfang des Telegramms für die beabsichtigte Reise gegeben, hinlänglich motiviert zu haben, um bei keinem Menschen irgend welchen Argwohn aufkommen zu lassen.

Aber wenn sie auch noch benso mißtrauisch gewesen wäre wie in den ersten Tagen nach dem geheimnisvollen Verbrechen, in dem Manne, der gleich etlichen anderen harmlosen Reisenden in Erwartung des einfahrenden Zuges auf dem Bahnsteig auf- und niederging, und der dann fast mit ihr zugleich in ein benachbartes Abteil einstieg, würde sie doch auch bei der schärfsten Beobachtung nimmermehr den freundlichen und rücksichtsvollen Polizeikommissar Gruber erkannt haben.

Dem Beamten war die Mitteilung von der bevorstehenden Reise der Gesellschafterin wichtig genug erschienen, um ihn zur Aufopferung eines Dienstages zu bestimmen. Mit der Erklärung, daß er eine neue Spur in der noch immer von tiefster Dunkelheit umhüllten Mordsache aufzufinden hoffe, hatte er sich von dem Polizeidirektor den erforderlichen Urlaub erbeten und war schon zu einem früheren Zuge auf dem Bahnhof gewesen, um sich ja rechtzeitig an die Fersen der geheimnisvollen Zorka heften zu können. Als ein Virtuose in der Kunst der kriminalistischen Verkleidung hatte er sein Aeußeres derart umgewandelt, daß er — so unauffällig auch seine gegenwärtige Erscheinung wirkte — doch nicht einmal von seinen besten Freunden hätte erkannt werden können, und daß er es getrost hätte wagen können, sich zu der Beobachteten in das nämliche Wagenabteil zu setzen. Solcher Uebermut aber liegt nicht in der Art eines gewissenhaften Polizeibeamten. Er begnügte sich vielmehr, ihr nach der Ankunft in der Hauptstadt in der angemessenen Entfernung zu folgen und auf diese Art festzustellen, daß sie sich wiederum auf einigen Umwegen, wenn auch weniger raffiniert als bei ihrem ersten Ausfluge, in das nämliche Haus begab, dem schon damals ihr Besuch gegolten hatte. Er sah sie in dem hintern Eingang dieses Hauses verschwinden, und nachdem er einige Worte mit dem schon von Frankenthal aus telephonisch requirierten Kriminalschutzmann gewechselt hatte, dem die Ueberwachung dieses hinteren Eingangs zufallen sollte, begab er sich auf die für ihn vorerst wichtigere andere Seite des Gebäudes.

Er hatte erst kurze Zeit auf einem gut gelegenen Beobachtungsposten gewartet, als ein privates Luxusautomobil in rascher Fahrt herankam, um vor dem Hause zu halten. Grubers erster Gedanke war natürlich, daß es möglicherweise identisch sei mit dem Fahrzeug, das sein Vigilant in der Nacht des letzten mißglückten Attentats in der Nähe der Wachtmeschen Villa gesehen hatte. Aber er überzeugte rasch, daß es nach der von seinem Gewährsmann gegebenen sehr genauen Schilderung unmöglich das sein konnte. Nach Verlauf von ungefähr zehn Minuten versuchte er, als harmloser Passant eine Unterhaltung mit dem unbeweglich an seinem Lenkrad sitzenden Chauffeur anzuknüpfen. Aber obwohl die Frage, die er stellte, und die Bemerkungen, die er als angeblicher Fachmann über den auffallend eleganten und starken Wagen machte, gewiß von der harmlosesten Art waren, mußte er doch aus den einsilbigen, schroff abweisenden Worten des Mannes sehr rasch die Ueberzeugung gewinnen, daß hier an eine irgend wie erfolgreiche Ausfragung unter keinen Umständen zu denken sei. Dieser Chauffeur war offenbar ein wortkarger Schulter Bedienstieter vom Schlage der absolut Unempfänglichen, und es wäre unklug gewesen, durch eine große Neugier ganz überflüssiger Weise sein Mißtrauen zu erregen.

Für sein Leben gern hätte sich Gruber natürlich unter irgend einem Vorwande Zutritt in das Innere des Hauses verschafft, in dessen Eingang er den einen der Insassen des Autos, einen hochgewachsenen, sehr vornehmlichen und vornehm gekleideten Mann in vorgerückten Jahren, raschen Schrittes hatte verschwinden sehen. Aber hier versagte seine Erfindungsgabe vollständig. Diesen Leuten gegenüber, die einen so großen Apparat von Vorsichtsmaßregeln aufboten, um unbemerkt zu bleiben, war die äußerste Behutsamkeit geboten, da es sich nicht um einen Verbrecher oder auch nur um einen Verdächtigen handelte, auf den er, wenn alle anderen Mittel versagten, im entscheidenden Augenblick hätte seine Hand legen können, mußte er sich wohl oder übel damit bescheiden, auf dem Beobachterposten auszuharren, der ihm, wie er sich selber keineswegs verhehlte, nur unter ganz besonders günstigen Zufällen umständen eine wertvolle Ausbeute verhieß.

Hätte er als unsichtbarer Lauscher der Unterredung beiwohnen können, die da drinnen in einem gepolsterte Türen gegen aller Horchergelüste hinlänglich geschützten Gemache geführt wurde, so würde er freilich keine Veranlassung gehabt haben, die Unbequemlichkeiten und Strapazen dieser Reise zu bedauern.

(Fortsetzung folgt.)

Statt Karten.

Wilhelm Davidis
Amalie Davidis
geb. Bäcker

Vermählte.

Castrop, den 28. Juli 1922 4268



B. Wellner

Metropol-Theater

Castrop, Kaiser-Friedrichstraße 21.

Aelteste und hervorragendste
— Lichtbildbühne am Platze —
verbunden mit Cafe-Restaurant

Eigene elektr. Lichtzentrale · Zentralheizung

Fernruf 144
Amt Castrop.

Freitag	Samstag	Sonntag	Montag
28. 7.	29. 7.	30. 7.	31. 7.

Harry Hill und Marga Lindt
in
Das unbewohnt. Haus
9. Abenteuer des Meister-Detektivs Harry Hill.

Außer diesem 5 aktigen Abenteuer-Film geben sich diese beiden berühmten Sensationsschauspieler

Harry Hill und Marga Lindt

die Ehre, die Einwohner von Castrop und Umgegend zu ihrem

persönlichen Auftreten

in

Der Mann im Schrank

einem hochinteressant. Sensations-Bühnenstück ganz ergebenst einzuladen.

Wilhelm Diegelmann u. Carl de Vogt
in
Der vergiftete Strom
Abenteuer-Sensationsfilm in 5 Akten.

Was meinen Sie wohl zu folgendem Fall? Wie benimmt sich Mabel Foyg, die bildschöne, extravagante Tochter des Multibillionärs Abraham Foyg aus New York, wenn sie in ihrem Riesenreiseflugzeug von einer Bande von Flußpiraten überfallen wird und sich — in den Anführer bis über die Ohren verknallt .....

Aenderungen im Programm vorbehalten

Musik: 4273
Herr Kapellmeister Schmidt mit seinen Künstlern.

Jugendliche unter 18 Jahren haben auch in Begleitung Erwachsener keinen Zutritt

---

CAFE METROPOL
Täglich Konzert
von 5—11 Uhr. Gesangseinlagen.
Zither-Soli des Kapellmeist. Roth.
Bedienung in bekannter Güte.

Zimmerleute

für **Akkordarbeit** sucht 4271
Müller A.-G., Siedlungsbau Zeche Teutoburgia
Holthausen, Oststraße.
Unterkunft vorhanden.

JUGEND WOCHE
der Stadt Castrop.

Bis 30. Juli.
Freitag, den 28. Juli 1922.

Nachmittags 2½ Uhr: Vortrag über Zimmerspiele und Winterbeschäftigung der Jugend im Lokale Haller. (Stadtturnrat Frankenberg in Dortmund.)

3 Uhr: Vorführung von Leibesübungen auf dem Renngelände. Massenstabübungen der Mädchen, turnerische Vorführungen der Schulen an den Geräten. Endkampf der Schlagballmannschaften der Schulen, Tamburin- und Korbballspiele der Mädchen.

3½ Uhr: Vortrag: „Inwiefern muß der Jugendpfleger die seelischen Entwickelungsvorgänge des Übergangsalters berücksichtigen." Evangel. Gemeindehaus. (Rektor Heinen, M.-Gladbach.)

5 Uhr: Vortrag über die körperliche Ertüchtigung der deutschen Jugend im evangel. Gemeindehause. (Stadtturnrat Frankenberg in Dortmund.)

8½ Uhr: Bunter Abend (kath. Gesellenhaus und evangel. Gemeindehaus.)

Sonnabend, den 29. Juli 1922.

Nachmittags 2 Uhr: Vortrag und Unterrichtslektion über die Bedeutung des Films für Unterricht und Erziehung im kath. Gesellenhaus (Prof. Sellmann-Hagen.)

3 Uhr: Vortrag über Jugendwanderungen und Jugendherbergen (Münker, Hilgenbach.)

3 Uhr: Vorführung von Leibesübungen auf dem Renngelände. Geräteturnen der Vereine, Stabhochsprung, volkstümliche und Mannschafts-Wettkämpfe, Schleuderballweitwurf, Speer- und Diskuswerfen, Gerzielwurf, Kugelstoßen.

Sonntag, den 30. Juli 1922.

Vormittags 11 Uhr: Fußballspiel der schulentlassenen Jugend (Sportplatz auf dem Renngelände.)

Nachmittags 3 Uhr: Festzug der Jugend, Festrede des Herrn Rektors Kramwinkel, Kundgebung auf dem Renngelände. Anschließend Spiele der Jugend, scherzhafte Wettkämpfe; Tauziehen mit Anlauf, Eierlauf, Bälleauflesen, Dreibeinlauf, Karrenschieben, Reiterwettkämpfe und dergleichen.

6 Uhr: Freilichtaufführung für Erwachsene **„Wilhelm Tell"** (Grund zwischen Renngelände u. Cottenburgerschlucht.)

Montag, den 31. Juli 1922.

Nachmittags 6 Uhr: Wiederholung der **Freilichtaufführung „Wilhelm Tell"** 4225

An sämtlichen Tagen findet eine Ausstellung von Büchern im evgl. Gemeindehaus statt.

Ständige Inserate

die sich in nicht zu langen Zwischenpausen wiederholen, sind ein sicheres Mittel, um den Absatz einer Ware zu fördern: Derartige Ankündigungen Ihrer Firma

in dieser Zeitung bringen Erfolg!

Achtung! Achtung!
Ab Montag, den 24. ds. Mts.
Ankauf von Flaschen und Altpapier
Zahle die höchsten Preise.

für lange Weinflaschen	6.— Mk.
für Rotweinflaschen	2.50 Mk.
für Sektflaschen	2.50 Mk.
für Literflaschen und Cognakflaschen usw.	4.— Mk.
für Altpapier	Pfund 1.— Mk.

Die Preise gelten nur bis zum **5. August.** Händler und Geschäftshäuser erhalten Vorzugspreise. Größere Quantne werden abgeholt

Max Schwarz, Castrop,
Marktstraße 6. 4167

Eine milchgebende 4265
Ziege
zu verkaufen.
Rauxel-Schwerin,
Hasenwinkel 4.

Für
Ausländer
sucht bei voller Auszahlung. Privat- oder Geschäftshaus. evtl. auch größeres Unternehmen. 4199
Joh. Dinklage, Meppen.

Gebrauchter 4263
Zimmer-Gasofen
zu kaufen gesucht.
Schwerin, Hellweg 20.

Zum 15. August oder 1. Sept. suche ich für mein. kinderl. Haushalt ein tücht. nicht zu junges
Zweitmädchen
gegen hohen Lohn. 4270
Ph. Aronheim.

Ein junges tüchtiges
Mädchen 4254
nicht unter 18 Jahren aus guter Familie zur Erlernung der Küche, des Haushalts und zum Bedienen der Gäste bei Familienanschluß gesucht.
Frau Hugo Menken (Wirt)
Ickern bei Rauxel,
Kronprinzenstraße 41.

Morgen-mädchen
gesucht. **Rauxel,**
4272 Bahnhofstraße 4.

Wohnungstausch.
Schöne 3 Zimmerwohnung mit elektrisch. Licht, Keller und Stall, Nähe der Zeche in Disteln bei Recklinghausen gegen eine gleiche in Castrop oder Umgebung zu tauschen gesucht.
Offerten unt. 4266 an die Geschäftsst. dieser Zeitung.

In Ickern oder Habinghorst
leeres oder möbl. Zimmer
möglichst parter. od. 1. Etg. für sofort oder später zu mieten gesucht.
Offerten unter 4247 an die Geschäftsst. dies. Zeitg

Für zwei junge Mädchen suche ich zum 15. Aug. oder 1. Sept. 4269
2 Schlafzimmer
mit oder ohne Pension.
Ph Aronheim.

---

2 anständige junge Bergleute (Brüder) suchen für sofort oder znm 1. August
Kost u. Logis.
Offerten unter 4262 an die Geschäftsst. dieser Zeitung.

Warnung!
Warne hiermit jeden, meiner Frau Julianne Küstenhoff geb. Porzyna verw. Poprawa etwas zu borgen, da ich für nichts aufkomme ebenfalls nichts von ihr zu kaufen, da alles mein Eigentum ist. 4246
Bernhard Küstenhoff,
Widumerstraße 37 a.

Fahrräder, Nähmaschinen, Sprechmaschinen, Schallplatten
und sämtliche Ersatzteile
empfiehlt preiswert und gut
Reinh. Neumann, Sodingen
Mont-Cenisstr. 21 (gegenüber dem Markt).
Reparaturen aller Fabrikate werden prompt und sachgemäß ausgeführt. 8510

ROLAND
LICHT-SPIELE

Ab Heute
der neue Sensationsspielplan.
I.
Der große Kriminalschlager:
Das Diadem der Zarin
Ein Kriminalfall in 5 Akten.
Hauptrollen:
Carl Auen, Lilli Flohr, Alwin Neuss, Eduard von Winterstein und andere erste Filmgrössen.
Das Beste auf dem Gebiete der Kriminalabenteuer interessannt u. spannend.

II.
Dorrit erhält Dauerstellung
3 Akte tollen Humors.
Hauptrolle: **Dorrit Weichsler.**

III.
Fortsetzung unseres erfolgreichen Episoden-Films:
Feuerkreis von Kalifornien
4. Episode:
Das Haus des Schreckens
6 Riesenakte.

Zur rechten Zeit erscheint der Schatten um Joe zu retten. Zur selben Zeit entdeckt Lou das geraubte Kind in den Händen des maskierten Reiters und nimmt die Verfolgung auf. Beinahe kostet es ihr das Leben, aber „Prinz" das kluge, fast mit menschlicher Intelligenz ausgestattete Tier ist — wie schon so oft der Retter in der Not. 4275

Vorzügliches Orchester.

Café Becker **Conditorei u. Weinstube** **Weine und Liköre** preiswert aus dem Hause. 2887

Samstag, den 29. Juli vormittags von 8—10 Uhr
Verkauf von minderwertigem Rindfleisch 4375
auf der Freibank des Schlachthofes. Pfund 30 u. 35 Mk.

Zahle die besten Tagespreise
für **Flaschen, Lumpen, Knochen, Papier, Felle** und **Schrotteisen**
Ludwig Spies, Schwerin,
Obere-Dortmunderstr. 152. 4229

Für Rechnungs- und Lohnwesen tüchtiger
junger Mann
mit sauberer Handschrift gesucht. Angebote mit Gehaltsansprüchen und frühestem Eintrittstermin an **Drahtwerk Becker & Höner-bach G. m. b. H., Rauxel.** 4210

Langjähriges vollständ. nach 8 Tagen verschwunden d. Obermeyer's Medizinal-
Fussschweiss
Fuss-Puder bestätigt Fr. Wüst in T. Zur Nachbehandlg. ist Herba-Creme besonders zu empfehlen. Zu haben in allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien.